Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich zweimal, Montags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 5,—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin bestellt man bei den Zeitungsspediteuren und bei der Geschäftsstelle der Zeitung.

Fernsprecher: { Schriftleitung: Amt Lützow 3394 / Geschäftsstelle: Amt Lützow 3949

Postscheckkonto: Berlin 25439.

Anzeigen nehmen die Geschäftsstelle der Zeitung und alle Anzeigenbüros zum Preise von 40 Pf. für die sechsgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum entgegen. Zuwendungen für den Anzeigenteil sind an die Geschäftsstelle, für den redaktionellen Teil an die Schriftleitung zu richten. Unverlangte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 90. [56. Jahrgang.] Sonntag den 1. April 1917. Erste Ausgabe. [56. Jahrgang.] Nr. 90.

Berlin, den 31. März.

Der Krieg.

Die Türkei im Kriege.

Türkischer Bericht.

Konstantinopel, 29. März. Amtlicher Bericht vom 29. März.

Tigrisfront: Ein Ereignis von Bedeutung ist nicht zu melden.

Sinaifront: Unsere Truppen schlugen die Nachhut der Engländer bis südlich Madjagaja, 7 Kilometer südlich von Gaja, zurück. Die feindlichen Hauptkräfte zogen sich weiter zurück.

Kaukasusfront: Vereinzelte Scharmützel von Erkundungsabteilungen verliefen zu unserem Vorteil.

An den anderen Fronten kein Ereignis von Bedeutung.

Der Stellvertretende Oberbefehlshaber.

Bulgarischer Bericht.

Sofia, 30. März. Heeresbericht vom 30. März.

Mazedonische Front: Schwache Artillerietätigkeit auf der ganzen Front. In einzelnen Abschnitten Gewehr- und Maschinengewehrfeuer zwischen Posten. Im Wardartal Flugtätigkeit.

Rumänische Front: Nichts Wichtiges.

Vom Hamburger Prisengericht.

Hamburg, 30. März. Das Hamburger Prisengericht hat im Falle der vernichteten dänischen Segler „Cocos" und „Elna" für erstere 24 900 und 8402,55 dänische Kronen bewilligt, den Reklamanten für „Elna" sind 21 900 und 7414 Kronen zugesprochen worden. Die Zerstörung des mit Zwiebeln und Weintrauben auf der Reise von Almeria nach Liverpool befindlich gewesenen spanischen Dampfers „Louis Vives" wurde vom Gericht gebilligt. An Schadenersatzforderung lagen Beträge in Höhe von 2 650 000 ℳ vor. Die Urteilsverkündung im Falle des zerstörten dänischen Dampfers „Jean" ist ausgesetzt worden.

Das Prisengericht zu Hamburg urteilte ferner am 30. März über sieben neutrale Dampfer, die teils nach Brügge und Zeebrügge, teils nach Hamburg aufgebracht worden sind. Im Falle des holländischen Dampfers „Adambi" wurde die Wegnahme gebilligt, ebenso wurde mit dem norwegischen Dampfer „Birgit" und dem Holländer „Midsland" verfahren. Ersterer war mit Lebensmitteln von Rotterdam nach Lerwick unterwegs. „Birgit" fuhr ebenfalls auf London, „Midsland" mit Stückgut hatte New Castle als Ziel. Der Norweger „Robert Lea", von Rotterdam nach der englischen Hauptstadt unterwegs, ist als gute Prise erklärt worden. Der schwedische Dampfer „Alle" hatte Stückgüter von Gothenburg nach London zu befördern. Er ist ebenfalls auf Antrag des Gerichts eingezogen worden, mit ihm der norwegische Dampfer „Pluto", der nach Rouen bestimmt war und jetzt auf der Elbe liegt. Auch der norwegische Dampfer „Alle Jarl", der sich auf der Fahrt von Stavanger nach dem Thyne befand, hat dies Schicksal teilen müssen. Für Fischkonserven und gebrauchte Säcke, die auf ihm beschlagnahmt wurden, bewilligte das Gericht Zahlungen in Höhe von 24 300 und 2456,80 ℳ.

Das neue schwedische Kabinett.

Stockholm, 31. März. Nach der Ernennung des neuen Ministeriums äußerte der neue Ministerpräsident Swartz im Ministerrate folgendes:

In Uebereinstimmung mit den Richtlinien, welche Eurer Majestät gegeben haben, als ich mit der Bildung des Ministeriums beauftragt wurde, wird es die wichtigste Aufgabe des Staatsrats sein, eine folgerichtige unparteiische Neutralitätspolitik zu verfolgen, welche Eurer Majestät und das jetzt zurückgetretene Ministerium erfolgreich beobachtet haben. Die Schwierigkeiten haben sich zwar in der letzten Zeit immer mehr gehäuft, der Staatsrat aber sieht in einer solchen Politik das sicherste Mittel, um die Schwierigkeiten zu überwinden. In dem Bestreben, die Hineinziehung des Landes in den Weltkrieg zu verhindern und gleichzeitig seine Selbständigkeit und sein Selbstbestimmungsrecht zu erhalten, liegt der Staatsrat die Hoffnung, durch seine Handlungen die Unterstützung des Reichstages und des schwedischen Volkes zu erwerben. Gewisse handelspolitische Fragen von großer Bedeutung für unsere Verproviantierung und Industrie werden Gegenstand besonderer Vorsorge des Staatsrats werden und die Verhandlungen in diesen Fragen dürften unmittelbar geführt werden.

Aus Polen.

Warschau, 29. März. In einem Leitartikel über die Frage der Heeresbildung in Polen stellt „Godzina Polski" fest, daß endlich im ganzen polnischen Volke die Einsicht Wurzel fasse, daß der Bau eines eigenen Staates mit Schaffung einer eigenen Heeresmacht beginnen müsse.

Die politischen Vereine verlangten immer lauter und energischer die Erfüllung dieser Forderung. Besonders charakteristisch hierfür seien die Entschließungen verschiedener bürgerlicher Gruppen; was man gewissen aufgeklärten Sphären erst durch Argumente beibringen müsse, leuchte dem Bauernverstande klar und einfach ein. Nichts lasse darauf schließen, daß die Menschheit die bisherige Art der Streitschlichtung aufgeben wolle und könne. Der Krieg habe Polen Schädigungen, Verluste, Ruin, Verwüstung gebracht, habe ihm aber selbständiges Leben gegeben. Durch den Akt des 5. November ohne unser eigenes Zutun ruft das Blatt, ohne Entsendung eines eigenen Heeres, wird uns jedoch der Krieg nicht mehr geben, als eine wertvolle Urkunde, welche nur ein historisches Andenken für die Nachkommen sein wird, wenn wir nicht einen eigenen besitzen, dauerhaften Bau aufführen. Das polnische Heer aber kann nur mit Hilfe und im Einverständnis mit den Mittelmächten geschaffen werden, da allein diese über unerschöpfliche Schätze an technischem Kriegsmaterial verfügen.

Warschau, 29. März. Der frühere Dumaabgeordnete und Mitglied des provisorischen Staatsrates Lempicki äußert sich im „Goniec Krajowski" über die Stimmung des polnischen Volkes im jetzigen Polen u. a. folgendermaßen:

Die polnische Nation bewies dauernd durch ihr Verhalten und durch blutige Aufstände, daß sie sich von Rußland trennen wollte. Es bildeten sich in den letzten Jahren vor dem Kriege allerdings Parteien, so die Realisten und Nationaldemokraten, die durch Kompromisse mit der Regierung eine Erleichterung für Polen zu erlangen hofften. Aber auch diese Parteien waren nicht von Vertrauen gegenüber Rußland, sondern lediglich von dem Gedanken geleitet, auf diese Weise am besten die Rechte des Volkes verteidigen zu können. Ihre Wünsche wurden nicht erfüllt. Die Unterdrückung der Polen dauerte nicht auf. Auch die Hoffnungen, die sich an den Aufruf des Großfürsten Nikolai knüpften, stellten sich als trügerisch dar und wurden durch das Verhalten der Russen im eroberten Galizien völlig ausgeschlossen. Seit der Proklamation vom 5. November stellten sich sämtliche Parteien, auch die Realisten und Nationaldemokraten, energisch auf den antirussischen Standpunkt und vertraten einmütig als Ziel die Unabhängigkeit des Staates. Nur die Russlandpolen protestierten in Unkenntnis der Verhältnisse gegen die Proklamation, verloren aber auch deshalb hier jede Anhängerschaft.

Zur Kriegslage.

Großes Hauptquartier, den 31. März 1917. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Ein nächtlicher Vorstoß englischer Abteilungen beiderseits von Loos scheiterte im Nahkampf.

Lebhafte Artilleriewirkung begleitete den Angriff englischer Bataillone zu beiden Seiten der Straße Péronne—Fins. Bei Metzeren-Couture wurde der Feind abgewiesen, weiter südlich erreichte er Heudicourt und Ste. Emilie.

Die Franzosen erlitten in Gefechten nordöstlich von Soissons in unserem Feuer schwere Verluste.

In der Champagne wurde um die Höhen südlich von Ripont hartnäckig gekämpft. Auf den Flügeln seines Angriffsstreifens wurde der Franzose abgewiesen; in der Mitte drangen seine Sturmtruppen für einige Stunden in unsere Gräben, die dann durch die Stoßtrupps der im Angriff und zähen Ausharren bewährten dort stehenden Division vom Feinde wieder gesäubert wurden.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern.

In einigen Abschnitten, vornehmlich an der Schtschara, am Stochod und an der Zlota Lipa nahm die Tätigkeit der russischen Artillerie zu; gegen unsere Stellungen vorgedrungene Jagdabteilungen sind zurückgewiesen worden.

Eigene Unternehmungen südlich von Widsy und nordöstlich von Nowogrodek verliefen günstig; mehrere Blockhäuser wurden gesprengt, 75 Gefangene und 5 Minenwerfer eingebracht.

Front des Generaloberſten Erzherzogs Joſeph.

Am Bystritzal wurden bei Vorstößen in die russischen Gräben östlich von Kirlibaba und südlich von Mestecanesci über 200 Mann gefangen und mehrere Maschinengewehre erbeutet.

Bei der

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen

und an der

Mazedonischen Front

ist die Lage unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Die Türkei und Rußland.

Konstantinopel, 29. März. Bei Besprechung der Erklärungen des russischen Justizministers Kerenski betreffs der Internationalisierung Konstantinopels hebt „Ikdam" die Preisgabe der Politik der zarischen Regierung hervor, die den Besitz Konstantinopels anstrebt, und drückt die Ueberzeugung aus, daß auch die neue russische Regierung gezwungen sein werde, ihre Ansprüche fallen zu lassen. Wenn, schreibt das Blatt, diejenigen, die die neuen Verhältnisse in Rußland schaffen wollen, anstatt derartige Absichten kund zu tun, Friedensanregungen geben würden, die geeignet wären, die große Mehrheit des russischen Volkes zufrieden zu stellen, würden sie den philosophischen Ideen der Sozialdemokratie, der sie angehören, viel mehr treu bleiben und sie würden auch nicht die Volkskräfte erschöpfen in einem Kriege, der unmöglich zu gewinnen ist.

Die Lage in Rußland.

Petersburg, 29. März. Nach einer Meldung der Petersburger Telegraphenagentur begrüßte das Regiment Litauen im Taurischen Palast die provisorische Regierung und den Rat der Arbeiter und Soldaten. Das Regiment wurde vom Dumapräsidenten Rodzianko und mehreren Dumamitgliedern empfangen. Es wurden mehrere Ansprachen gehalten, darauf zog das Regiment unter den Klängen der Marseillaise am Taurischen Palast vorüber und begab sich in die Kaserne zurück.

Nach seinem Abmarsch erschien das 180. Infanterieregiment vor dem Taurischen Palast und wurde gleichfalls mit mehreren Ansprachen begrüßt. Unter anderem überbrachte ein Fürstlich von der Front zurückgekehrter Soldat die Grüße der Feldarmee, die bis zum letzten Blutstropfen mit dem Feinde kämpfen werde.

Bern, 30. März. „Temps" bringt folgende Aeußerungen des Finanzministers Terestenko, die dieser seinem Petersburger Mitarbeiter gegenüber machte: Die neue Regierung beabsichtige, eine neue Finanzpolitik durchzuführen. Sämtliche Ausgaben sollten künftig vom gesamten Ministerrat, nicht nur vom Finanzminister geprüft werden, um die Zinszahlung der Kriegsanleihen zu garantieren. Um diese zu amortisieren, sollen neue Einnahmequellen geschaffen werden. Während die indirekten Steuern nicht erhöht werden sollen, denkt die Regierung daran, eine Einkommen-, Besitz- und Wertzuwachssteuer zu schaffen. Gleichzeitig soll die Ausbeutung des Bodenreichtums in Angriff genommen und eine Einschränkung des Notenumlaufs durchgeführt werden. Ausländisches Kapital soll zur Reformierung des Finanzwesens in großem Maße herangezogen werden.

Petersburg, 30. März. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Die provisorische Regierung beschloß, bis zur Entscheidung der Apanagengüterfrage durch die konstituierende Versammlung alle derartigen Güter als Nationaleigentum zu erklären, deren Einkünfte der Staatskasse zufließen.

* * *

Petersburg, 30. März. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Der Duma-Abgeordnete Ramul, den die provisorische Regierung und General Ranski beauftragt hatten, die verschiedenen ehemaligen Bündnisse, die zu Beginn der Revolution zwischen Soldaten und Offizieren sich erhoben, gegenwärtig beseitigt seien, daß die Ordnung überall wiederhergestellt sei und daß die Soldaten sich bereit erklärt hätten, ihr Leben für die Verteidigung der Freiheit und des Vaterlandes zu opfern und entschlossen seien, den Krieg bis zum siegreichen Ende durchzuführen. Die Garnison von Dorpat nahm einstimmig eine Entschließung an, der provisorischen Regierung ihre Ergebenheit auszudrücken, indem sie sich bereit erklärt, sie zu unterstützen, da sie im gegenwärtigen Augenblick die einzig rechtmäßige Regierung des russischen Staates sei, und da sie das Vertrauen habe, daß die Regierung vereint mit dem russischen Volk und unterstützt von dem Rat des Abgeordnetenausschusses der Arbeiter und Soldaten die neu errungene nationale Freiheit befestigen und Rußland zum Siege über seinen äußeren Erbfeind führen werde, der immer das Bollwerk der Reaktion und Gewalt gewesen sei. Angesichts der Gefahr, die Rußland durch diesen Feind droht, ist die Garnison überzeugt, daß die Arbeiterschaft Petersburgs und ganz Rußlands der Front Verteidigungsmittel und Kriegsvorrat im Ueberfluß zuströmen lassen wird. Der Abgeordnete Namot hebt hervor, daß die ganze ehemalige Bevölkerung die Nachricht von der Beseitigung des alten Regimes mit Begeisterung aufgenommen und versprochen habe, die neue provisorische Regierung einmütig zu unterstützen.

Petersburg, 30. März. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Das Komitee der Arbeiter- und Soldatenabgeordneten von Reval hat einstimmig einen Beschluß angenommen, daß Arbeiter und Soldaten die Waffen nicht niederlegen werden, ehe nicht der deutsche Militarismus zerbrochen ist.

Kopenhagen, 30. März. Die Petersburger Telegraphenagentur meldet aus Helsingfors: Donnerstag traf Justizminister Kerenski hier ein. Er wurde von den Vertretern der Militärbehörden und einer großen Menschenmenge empfangen. Im Denkmal Runebergs legte der Minister einen roten Tulpenkranz nieder und hielt darauf eine Rede, in welcher er seine Ehrerbietung für den großen Mitbürger ausdrückte und mit einem Gruß an Finnland schloß.

Die Lebensmitteleinfuhr Englands.

London, 30. März. Der Parlamentssekretär des Blockadeministeriums hielt in Worcester eine Rede, in der er sagte, daß die Abwehrmaßregeln gegen die U-Bootblockade nicht unbefriedigende Ergebnisse erzielt hätten. Nicht eine Tonne Lebensmittel oder Düngerstoffe erreiche Deutschland. Die holländische Ausfuhr nach England habe stark zugenommen, die nach Deutschland stark abgenommen. England sei heute der billigste Markt für Lebensmittel in Europa. Die dänischen Bauern hätten an England sehr freundschaftlich gehandelt, allein mit Speck hätten sie sechs Millionen Pfund Sterling dadurch verloren, daß sie ihn Deutschland vorenthielten. Von Oktober bis Dezember 1916 habe England vierzehnmal soviel Käse von Holland erhalten, wie in der gleichen Periode des Jahres 1915, während der Anteil Deutschlands auf zwei Drittel zurückgegangen sei. Was Speck und Schweinefleisch betreffe, so habe England 150 mal mehr erhalten, während Deutschland nur ein Drittel des früheren Quantums bekommen habe. Die Buttereinfuhr aus Holland sei 45 mal größer geworden, während Deutschland nur die Hälfte des früheren Quantums erhalte.

* * *

Amsterdam, 30. März. Im Oberhause hat Lord Devonport am 23. d. M. noch einmal mit Nachdruck auf die Notwendigkeit hingewiesen, mit den Lebensmitteln sparsam umzugehen. Er sagte, die Regierung solle es noch einmal mit der freiwilligen Rationierung versuchen. Die zwangsweise Rationierung habe den einen Nachteil, daß es acht Wochen dauere, ehe sie durchgeführt werden könne. Vor allem sei eine Einschränkung des Brotverbrauchs notwendig.

Rotterdam, 30. März. Nach den „Nieuwe Rotterdamschen Courant" werden in England demnächst neue Bestimmungen für die Restaurants erlassen werden. Danach soll kein Besucher mehr als ½ Pfund Brot und ¼ Pfund Fleisch bei einer Mahlzeit erhalten. Ferner sollen die Restaurants einen fleischlosen und zwei kartoffellose Tage in der Woche einführen.

Unterredung mit Graf Czernin.

Wien, 30. März. Der Minister des Aeußern Graf Czernin gewährte heute dem Chefredakteur des „Fremdenblattes" eine Unterredung über die politische Lage. Der Wortlaut der Unterredung ist folgender:

Frage: Welchen Ausgang dürfte die russische Revolution nehmen?

Antwort des Ministers: Auf Prophezeiungen kann ich mich nicht einlassen. Wenn der Regimewechsel in Rußland dahin führt, daß die gequälten Völker des russischen Reiches einsehen, daß die Fortsetzung des Krieges ein Verbrechen ist, daß sie, ebenso wie die Entente, jeden Tag einen ehrenvollen Frieden mit den Zentralmächten schließen können, dann wird diese entsetzliche Menschenschlächterei ihrem Ende entgegengehen. Wir sind nicht zu vernichten, aber wir wollen auch nicht vernichten. Unsere Fronten sind stärker denn je, unsere wirtschaftliche Lage ist gesichert, wir können und werden durchhalten. Die beispiellose Aufopferungsfähigkeit und Kraft, mit welcher die Völker der österreichisch-ungarischen Monarchie die Entbehrungen ertragen, sichern ihnen den Enderfolg. Nicht den oberen Tausenden, sondern dem Mittelstande und vor allem den breiten Massen, den vom Schicksal Enterbten gebührt das größte Verdienst. Hut ab vor den Millionen, die im Schützengraben oder daheim auf dem Schlachtfelde der Arbeit die täglichen Entbehrungen ohne Murren ertragen! Hut ab vor ihrer Größe und Kraft! Der Tag wird kommen, da die Völker der Monarchie den Lohn für ihr Heldentum erhalten werden.

Frage: Halten Ezzellenz den Vorschlag zur Beschickung einer Friedenskonferenz durch alle kriegführenden Staaten nach wie vor aufrecht?

Antwort des Ministers: Gewiß, ich sehe nur diesen Weg, um zu einem allgemeinen Ende zu kommen. Für jene, welche den Krieg fortsetzen wollen, bedeutet der Zusammentritt einer Konferenz keine Aenderung. Während dieser Tage kann ja der Kampf fortgesetzt werden. Nur auf einer Friedenskonferenz können die Hunderte von Fragen, die der Krieg aufgeworfen hat und die ein unzertrennbares Ganzes bilden, gelöst werden. Wir besitzen weite Territorien unserer Feinde, sie ausgedehnte Gebiete von uns. Auf dem Meere kämpft die Blockade unserer Feinde gegen den Unterseebootkrieg, alle internationalen Verträge sind zerrissen; es ist unmöglich, einzelne dieser Fragen, herausgerissen aus dem Komplex des Ganzen, lösen zu wollen. Wer Frieden will, muß auch über denselben sprechen und verhandeln wollen. Erweist die Friedenskonferenz, daß eine Einigung unmöglich ist, so geht der gar nicht unterbrochene Krieg eben weiter.

Frage: Und wäre es möglich, den allgemeinen Rahmen unserer Friedensbedingungen zu verkünden?

Antwort des Ministers: Das ist ja doch bereits geschehen. Ich habe öffentlich erklärt, daß wir einen uns aufgezwungenen Verteidigungskrieg führen, dessen Zweck die gesicherte, freie und ungestörte Entwicklung der Monarchie ist. Garantien für unseren Bestand und unsere Existenzmöglichkeit müssen wir erhalten. Sobald die Gegner ihre unerfüllbaren Ideen, uns zu zerschmettern, fallen lassen, sobald sie bereit sind, über einen für sie wie für uns ehrenvollen Frieden zu verhandeln, steht den Verhandlungen nichts im Wege.

Die britische Reichskonferenz.

Die „Financial News" vom 22. März beschäftigten sich in ihrer wöchentlich einmal erscheinenden Reichsbeilage mit der Bedeutung des „historischen Kriegskabinetts", das am 20. März zum erstenmal zusammengetreten ist, und in dem Vertreter Kanadas, Indiens, Neufundlands, Neuseelands, Südafrikas, aber leider nicht Australiens vereinigt sind. Das Blatt macht darauf aufmerksam, daß frühere Zusammenkünfte von Vertretern der Dominien in London nur Zwecken der Beratung dienten; es wurden früher nur der Reichsregierung Vorschläge gemacht, die Vertreter hatten aber keine exekutiven Befugnisse und keine Verantwortung. Neuerdings wurden gelegentlich Vertreter von Dominien zu Kabinettssitzungen zugezogen, aber nur als Gäste, nicht als Mitglieder. Jetzt zum erstenmal handelt es sich um etwas anderes, um den Beginn einer Reihe von Sitzungen des Kriegskabinetts, an denen die Vertreter der Dominien mit voller Verantwortung teilnehmen, um über dringende Fragen hinsichtlich der Fortführung des Krieges, der möglichen Friedensbedingungen und der sich nach dem Kriege ergebenden Probleme zu entscheiden.

Damit ist ein großer Schritt in der Reichsorganisation getan. Das mindeste, was sich daraus ergeben sollte, wird ein System der vereinheitlichten Reichsverteidigung sein, wonach die Last der Verteidigung in gerechter Weise unter das Vereinigte Königreich und die Dominien verteilt und diesen eine Stimme bei Entscheidungen gewährt wird, für die bisher die englische Regierung allein verantwortlich war.

Gleichzeitig mit diesen Sitzungen des Kriegskabinetts tagt jetzt auch im Kolonialamt unter Vorsitz des Kolonialsekretärs eine Reichskonferenz, um Reichsangelegenheiten, die nicht notwendig mit dem Kriege zusammenhängen, zu beraten. An dieser Konferenz, die keinen exekutiven Charakter hat, nehmen die ordentlichen Vertreter zwecks gegenseitigen Meinungsaustausches und zur Beratung der Reichsleitung teil.

Frankreichs Wirtschaftsnöte.

Bern, 29. März. Wie „Petit Parisien" mitteilt, trat gestern vormittag unter Vorsitz Ribots der neue französische Wirtschaftsrat zusammen, um die Frage weiterer Einschränkungen zu besprechen. Es wurde beschlossen, daß der Verproviantierungsminister Violette sein Programm neuer Einschränkungen, die auch infolge des Versagens der Höchstpreispolitik notwendig werden, in der Kammer auseinandersetzen solle. Das Programm sieht eine energische Rationierungspolitik und für den Fall, daß diese Maßnahme scheitern sollte, die Requirierung vor. Das Publikum solle über den Ernst der Lage aufgeklärt werden. Die Kohlenförderung sei zwar in der letzten Zeit besser geworden, aber doch bei den stets steigenden Anforderungen der Kriegsindustrie ungenügend. Man müsse daher eine scharfe Kontrolle des Kohlen- und Gasverbrauchs einführen, wodurch besonders die Industrien, die mit der Landesverteidigung nichts zu tun haben, betroffen würden. Auch mit dem Eintritt des Sommers sei auf keine Besserung in der Kohlenversorgung Frankreichs zu rechnen. Bezüglich der Getreide- und Brotfrage werde man gezwungen sein, dem Publikum neue Opfer aufzuerlegen. Das Brot müsse mit Ersatzmehl gemischt werden.

Bern, 29. März. „Petit Parisien" teilt über die Tagung des französischen Wirtschaftsrats weiter mit: Der Abgeordnete Boret schlägt in seinem Reformprogramm die sofortige Einführung der Brotkarte vor, da es selbst bei Ankunft des russischen Getreides nicht möglich sein